



Pauschal ist unsozial!

Das Gesundheitssystem ist eine Dauerbaustelle. Arbeitslosigkeit, Lohndumping, Minijobs und Leiharbeit bremsen die Einnahmen, die Ausgaben steigen. Besserverdiener wechseln in die private Kasse. Den gesetzlichen Krankenkassen drohen Riesen-Defizite. Trotz hoher Kosten ist die Qualität der Versorgung eher mittelmäßig.

Gesundheitsminister Rösler (FDP) ist mit dem Versprechen angetreten, das Gesundheitssystem werde besser, aber nicht teurer. Versprochen gebrochen! Es wird teurer, aber nicht besser.

Das will Schwarz-Gelb:

- 8,2 Prozent Beitragssatz für Arbeitnehmer und Rentner!
- 7,3 Prozent für Arbeitgeber, dauerhaft eingefroren!
- Reicht das Geld nicht, müssen Arbeitnehmer und Rentner eine Zusatz-Kopfpauschale zahlen, ohne Obergrenze!
- Der Sozialausgleich ist mickrig. Bei 10 Euro Durchschnittspauschale gibt es ihn nur für Einkommen unter 500 Euro.

Was sagt die IG Metall dazu? Antworten auf der Rückseite...



Das sagt die IG Metall:

■ Ungleiche Verteilung der Lasten

Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge und die Zusatz-Kopfpauschale für Versicherte verschärfen die Schieflage. Schon jetzt tragen Versicherte etwa 60 Prozent und Arbeitgeber 40 Prozent der Gesundheitskosten. Die Bundesregierung verabschiedet sich endgültig vom Grundprinzip, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils die Hälfte der Gesundheitskosten tragen.

■ Kopfpauschale durch die Hintertür

Der Zusatzbeitrag wird in eine unbegrenzte Zusatz-Kopfpauschale umgewandelt. Was als kleine Kopfpauschale beginnt, kann sich sehr schnell zur großen auswachsen. Ob große oder kleine Kopfpauschale: Pauschal ist unsozial! Der Ingenieur zahlt dasselbe wie die Produktionshelferin oder der Rentner.

■ Sozialausgleich aus Steuern?

Der geplante Sozialausgleich aus Steuern hilft zunächst nur sehr niedrigen Einkommen. Außerdem ist es nur ein Teilausgleich, darüber hinaus kompliziert und bürokratisch. Wenn die Kopfpauschalen steigen, muss mehr Steuergeld in den Sozialausgleich fließen. Dann werden schnell Forderungen folgen, den Leistungskatalog auf eine Basissicherung zu kürzen. Das heißt: Noch mehr Zwei-Klassen-Medizin.

»Wir werden mehr Geld für Gesundheit und weniger für Mallorca ausgeben.«

Jens Spahn, CDU-Gesundheitsexperte in »Die Welt« vom 7.7.2010

■ Kostensteigerungen sind vorprogrammiert

Wenn die Arbeitgeber bei Kostensteigerungen künftig außen vor bleiben, ist das nicht nur ungerecht. Sie verlieren auch jegliches Interesse an einem bezahlbaren Gesundheitssystem. Die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft warten nur darauf. Kostensteigerungen müssen die Versicherten über Kopfpauschalen allein finanzieren.

■ Gesundheitssystem wird teurer, aber nicht besser!

Die nötigen Reformen im System werden nicht angepackt. Statt dessen kündigt Rösler weitere Verschlechterungen an. Er will Zuzahlungen ausweiten und »Kostenerstattung« einführen. Das heißt: Vorkasse bei Arztrechnungen, danach soll die Kasse erstatten.

Fazit: »Schwarz-Gelb gefährdet Ihre Gesundheit!«

Es gibt Alternativen! Die IG Metall will

- Die solidarische Bürgerversicherung für alle, mit einkommensabhängigen Beiträgen
- Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung und geregelte Steuerzuschüsse
- Bessere Versorgung, z.B. bedarfsgerechte Leistungen (ohne Zuzahlungen), verbindliche Behandlungsprogramme für chronisch Kranke, Zusammenarbeit von Arztpraxen und Krankenhäusern
- Vernünftige Mittelverwendung, z.B. eine Positivliste für wirksame und wirtschaftliche Medikamente, Kosten-Nutzen-Bewertung bei Innovationen
- Ausbau der Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
- Demokratische Teilhabe der Versicherten am Gesundheitssystem.

